**Protokoll RTB 1Plenum 1: Unternehmensverantwortung weltweit –eine Utopie?**

**09.11.2019 09:00 – 11:00 Uhr**

Klaus Schilder (Misereor); Yvonne Zimmermann (MultiWatch/SOLIFONDS) Katharina Boerlin (MultiWatch/ Konzernverantwortungsinitiative Schweiz)

Moderation: Silke Tribukait(ASW)

Silke Tribukait begrüßt die Anwesenden und Teilnehmenden. Das Forum wird auf deutsch gehalten.

Einführend berichtet Silke Tribukait von einer Reise nach Brasilien, wo sich in Tocantins die Auswirkungen der Eisenbahnlinie zeigten und der Bau von Exporthäfen thematisiert wurde. Den Teilnehmenden der Reise stellte sich die Frage: Was hat das mit uns zu tun?

Silke Tribukait stellte diese Frage in den Raum: Was haben deutsche Unternehmen mit den Auswirkungen in Brasilien zu tun?

Im Anschluss stellt sie die RednerInnen des Plenums vor.

**Klaus Schilder beginnt mit einer Präsentation zur Verantwortung von Unternehmen.**

Er hat seinen Schwerpunkt in Asien. Die Präsentation beginnt mit dem Dammbruch in bei Brumadinho in Brasilien. Der TÜV Süd stellt kurz vor Dammbruch ein Unbedenklichkeitszertifikat aus, weil der Betreiber Vale den TÜV Süd unter Druck setzte.

Die Akkreditierung ist seit letztem Jahr den Betreibern überlassen (in Brasilien). Tyssenkrupp ist z.B. größer Kunde der Eisenerzminen in Brasilien. Das Unternehmen hat selbst 2 Audits in Auftrag gegeben, die beide positiv ausfielen. Damit verdeutlichte Klaus Schilder das Problem. Wenn die Zertifizierung extern vergeben wird, sind die Zertifizierer nicht mehr unabhängig.

Der Damm in Brumadinho ist nach einer veralteten Methode gebaut worden. Im Staubecken verfestigte sich der Untergrund, dadurch lag der Wasseranteil über der zulässigen Grenze. Ein Problem, das seit März 2018 bekannt war.

Laut Klaus Schilder ist die Zertifizierung ein Versagen der Aufsichtsbehörden. Aktuell gibt es gegenseitige Schuldzuweisungen (Pingpong) zwischen Vale und TÜV Süd.

Vale sagt: wir haben das Zertifikat – TÜV Süd sagt: wir haben Bedenken angemeldet.

Nichtsdestotrotz wurde das Zertifikat wider besseren Wissen vergeben.

Es gibt Proteste vor Ort gegen Vale.

Die aktuelle Frage ist: Wer trägt die Verantwortung?

Eine Klage von verschiedenen NGOs und Betroffenen gegen TÜV Süd in Deutschland wurde eingereicht.

TÜV Süd kann aber nicht zur Rechenschaft gezogen werden, da es kein Unternehmensverantwortungsgesetz in Deutschland gibt. Deshalb ist die Klage gegen den verantwortlichen Manager wegen fahrlässiger Tötung und Bestechlichkeit erhoben worden.

Klaus Schilder zeigt eine lange Liste von instabilen Dämmen (siehe Präsentation).

Die Initiative Lieferkettengesetz fordert, dass transnationale Unternehmen auf die menschenrechtliche Sorgfalt gesetzlich verpflichtet werden.

Es gibt eine Schieflage im Rechtsschutz, die Opfer sind in der Beweispflicht. Wir brauchen eine Ausbalancierung für Menschenrechte und die Verantwortung von Unternehmen, sagt Schindler.

Auch deutsche Unternehmen sind häufig beteiligt bei Menschrechtsverletzungen im Ausland. Es gibt eine freiwillige Verpflichtung der Unternehmen, diese hat bisher nicht funktioniert.

Die aktuelle Situation in Deutschland ist: Wenn nicht mind. 50% der Unternehmen etwas für die Einhaltung der Menschenrechte in ihrer Lieferkette tun, dann wird 2020 der Gesetzgeber einschreiten.

Eine Befragung von Unternehmen findet statt, ein Rücklauf von 400 wird als Minimum erwartet.

50 % sind nicht ausreichend, um auf einen gesetzlichen Rahmen zu verzichten: Was ist mit den übrigen Unternehmen?

Klaus Schilder fordert eine Initiative auf internationaler Ebene, nicht nur auf nationaler Ebene.

Kampagne Lieferkettengesetz setzt sich für Gesetzgebung hinsichtlich menschenrechtlicher und ökologischer Sorgfaltspflicht ein (siehe Präsentation).

Fokus der Initiative liegt auf schwerwiegenden vorausschaubaren Menschenrechtsverletzungen.

Die Betroffenen müssen von der Verpflichtung des Nachweises befreit werden, die Unternehmen sind dafür zu verpflichten.

Auf UN-Ebene besteht eine ähnliche Initiative.

**Verständnis Fragen**

1. Wie kann der Gesetzentwurf einen Dammbruch wie Brumadinho zu verhindern?
2. Wie arbeiten die 60 Gruppen, die die Gesetzesinitiative organisieren, zusammen?
3. In Brasilien gibt es eine Dialogplattform zwischen Bevölkerung und Unternehmen. Ist diese hilfreich? Wie hat sich die Initiative in Deutschland organsiert?

Klaus Schilder

Zu 1 TÜV Süd hätte sich aufgrund der offensichtlichen Probleme nicht beteiligt, im günstigsten Fall, oder es wären Schritte eingeleitet worden zur Prüfung

Zu 2 Inzwischen sind es 74 Organisationen, die zu verschiedenen Fällen zusammenarbeiten, um der Politik zu zeigen wie dringend ein Gesetz ist.

Zu 3 Die brasilianische Dialogplattform ist Klaus Schilder unbekannt.

Aktivitäten in Deutschland sind: Informations- und Protestveranstaltungen, Teilnahme an Hauptversammlungen von Banken, um politische Aufmerksamkeit zu erzeugen

Silke Tribukait gibt das Wort an Katharina Boerlin und Yvonne Zimmermann.

**Yvonne Zimmermann berichtet von multinationalen Unternehmen in der Schweiz.**

Die Schweiz gehört zu den Ländern mit der höchsten Dichte an multinationalen Konzern weltweit. Das liegt am Schweizer Steuersystem.

Die Schweiz ist einer der wichtigsten Handelsplätze für Rohstoffe, auch wenn die Rohstoffe nicht direkt durch die Schweiz laufen.

Es gibt in der Schweiz eine Reihe von Freihandelsverträgen, die für Transnationale Unternehmen äußerst attraktiv sind. Zudem erfahren die Unternehmen eine hohe rechtliche Sicherheit.

Es gibt eine Freihandelsklausel: Wenn Staaten soziale und ökologische Maßnahmen erlassen, greifen Investitionsschutzklauseln in Freihandelsverträgen.

Allerdings laufen Klagen meistens versteckt. Zum Beispiel Philipp Morris gegen Uruguay: Das Land erließ ein Gesetz gegen Werbung auf Tabakverpackungen, zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung. Philipp Morris forderte 25 Millionen US Doller Entschädigungen wegen Einnahmeverlusten. Die Firma hat dieses Verfahren verloren. Was eine Ausnahme darstellt, sagt Yvonne Zimmermann.

Der Fall Philipp Morris gegen Uruguay ist ein typisches Beispiel für weltweites Handeln. Die Schweiz schützt ihre Konzerne.

Bisher gibt es nur Regeln, die auf Freiwilligkeit beruhen. Die OECD Richtlinien und andere Regelungen sind nicht einklagbar. Hier kommt es nur zu Mediationsverfahren, aber nur dann, wenn der Konzern einverstanden ist.

Yvonne Zimmermann betont die Notwendigkeit von Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene.

Zimmermann stellt nun MultiWatch vor. Es ist ein sehr kleiner Verein, der von Ehrenamtlichen getragen wird. MultiWatch ist eine Plattform verschiedener Organisationen, die sich die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen durch Schweizer Konzerne zur Aufgabe gemacht haben.

Ihr erster Fall richtete sich gegen Nestlé.

Sie führen Kampagnen gegen andere Konzerne durch, z.B. gegen Glenncore. Der Konzern ist beteiligt an Umweltverschmutzung und Entzug der Lebensgrundlagen der lokalen Verletzung der Arbeitsrechte in einer der größten Tagebauminen in Kolumbien; gegen LafargeHolcim wegen Verletzung der Arbeitsrechte und Umweltverschmutzung; und gegen Novartis, einen der größten Pharmakonzerne.

Der Begriff soziale Unternehmensverantwortung ist aus Sicht Yvonne Zimmermanns negativ besetzt, weil er der Selbstdarstellung der Unternehmen dient.

Yvonne Zimmermann spricht über Syngenta, als ein weiteres Beispiel. Das Unternehmen verkauft Agrargifte überwiegend in Länder des Globalen Südens. 2017 wurden für 1,7 Mio US Dollar Agrargifte verkauft, von denen 60 % sind hochgiftig sind und die in Europa und der Schweiz nicht vermarktet werden dürfen.

Es gibt eine Studie zur Atrazin Belastung. Das Ergebnis zeigte, dass das Wasser im Vergleich zu Schweiz und EU nicht zum Verzehr geeignet war. Atrazin führt zu Unfruchtbarkeit, Frühgeburten und Fehlbildungen.

Fragen: Wer investiert in solche Unternehmen? Wie viel dieser Stoffe fließen über die Schweiz?

**Katharina Boerlin berichtet über die Konzernverantwortungsinitiative.**

Sie ist Ergebnis eines langen politischen Prozesses in der Schweiz. Als die Petition ins nationale Parlament kam, wurde heftig diskutiert. Sie wurde aber angenommen.

Durch starke Lobbyisten kam es zu einer Neuabstimmung für die Petition. In diesem 2. Durchgang wurde sie abgelehnt. Konzernverantwortungsinitiative besteht seit 3 Jahren.

Ziele sind:

Konzerne mit Sitz in der Schweiz müssen

* internationale Menschen und Umweltrechte anerkennen
* die Sorgfaltspflicht durchführen und
* bei Verstößen in der Schweiz einklagbar sein

Die Haftung ist der große Streitpunkt in der Schweiz. Die Initiative wird nur zurückgezogen, wenn die Haftung mit im Gesetz verankert ist.

Die Initiative zielt auf die 1500 größten Konzerne in der Schweiz ab. KMUs, die in der Schweiz von besonderer Bedeutung sind, fallen nicht darunter.

Hinter der Initiative stehen ca. 118 NGOs. Zudem gibt es 300 Gemeinde- Gruppierungen, die die Menschen informieren. Die Konzernverantwortungsinitiative setzt auf die Unterstützung aus der Basis wegen finanzieller Schwierigkeiten.

Eine Abstimmung zur Petition findet voraussichtlich 2020 statt.

Silke Tribukait bemerkt, dass unter Bolsonaro über 300 Lizenzen für Großkonzerne erteilt wurden. Dies zeigt die Bedeutung dieser Initiativen, sagt sie.

**Fragerunde 1**

1. Menschenrechtsverletzungen, wer kontrolliert das oder wer macht das zum Thema? Ein Dammbruch wie in Brumadinho wird öffentlich. Es gibt aber ganz viele Verletzungen, die nicht öffentlich werden. Die Selbsteinschätzung des Konzerns wird kritisiert. Liegt der Schwachpunkt der Problematik nicht in der unzuverlässigen Selbstauskunft? Wie kann man diesen Schwachpunkt verändern? Welche Rolle können die Gewerkschaften spielen?
2. Die Deutsche EZ setzt sehr viel auf entwaldungsfreie Lieferketten: Ist das ein Schritt in die richtige Richtung oder weichen sie davon ab, Menschenrechtsverletzungen zu fassen?
3. Welche Rolle spielen die staatlichen Bürgschaften, um den Staat in die Verantwortung zu nehmen?

Klaus Schilder

Zu 1: Wer ist in der Pflicht? Die Staaten sind in der Pflicht. Das Vorhandensein einer unabhängigen Justiz ist grundlegend. Was in den meisten Ländern des globalen Südens häufig nicht gegeben ist. Die Konzerne kommen im Rahmen der staatlichen Pflicht ins Spiel. Wir verstehen die Initiative als einen Prozess. Gewerkschaften stehen hinter der Initiative, sie sind Teil der Initiative, wie die Kirche auch

Zu 2: Es ist wichtig, dass man das Ökologische nicht gegen das Soziale ausspielt. Die Initiative muss völkerrechtlich hinterlegt werden.

Zu 3: Staatliche Bürgschaften werden von der Initiative beobachtet. Die Vergabe hat Bestimmungen hinsichtlich der Menschenrechte und schwache ökologische Standards. Es gibt hier aber ein eklatantes Transparenzdefizit.

Katharina Boerlin: Die Haftungsforderung in der Schweiz trifft hauptsächlich die Unternehmen, wenn es ein Mutterkonzern in der Schweiz ist, ist er haftbar, eine Tochtergesellschaft in der Kette nicht.

Yvonne Zimmermann: Die internationale Gewerkschaftssolidarität ist gefragt. Von Missständen erfahren wir, wenn die ArbeiterInnen unorganisiert sind. Zum Beispiel in Bangladesch. Das Unglück wäre nicht passiert, wären die Leute organisiert gewesen.

**Fragerunde 2**

1. Habt ihr Best Practice Beispiele im internationalen Vergleich?
2. Wirtschaftliche Macht und ihr Missbrauch …, die Rolle der Kirche …, die Grundsätze der Demokratie …, Bedeutung der Gewaltentrennung …. Diese Trennung scheint in einigen Ländern sehr schnell und in anderen Ländern wie in Deutschland und der Schweiz langsamer zu verlaufen. Das Recht wird gebeugt im wirtschaftlichen Interesse, z.B. Arbeitsplatzabbau. Wie seht ihr das Verschwinden der Gewaltentrennung? Ist die Demokratie in Gefahr?
3. Internationale Komponente: Es gibt Initiativen in der Korruptionsbekämpfung. Wie vernetzt ihr euch international mit der Initiative?
4. Anregung zur Debatte: Rassismus, Ungleichheit, Umweltdebatte usw. Wenn wir von so vielfältigen Ländern wie Brasilien sprechen, sollte das in der Debatte berücksichtigt werden.

Katharina Boerlin

Zu 3: International geschieht sehr viel, weil 2011 die UN Principals verabschiedet wurden. In Holland wurde 2019 ein Gesetz zur Kinderarbeit verabschiedet. Es gibt Gesetze in den USA zu Konfliktmineralien, in der EU zu Tropenholz.

In Frankreich gibt es ein Gesetz zur Sorgfaltsprüfung, das beinhaltet aber nicht die Haftungspflicht. Auf diesem Gesetz bauen die Forderungen der Schweizer Initiative auf.

Es muss auch alles mit der Schweizer Verfassung kompatibel sein. Auf internationaler Ebene muss mehr geschehen. Das ist wünschenswert.

Yvonne Zimmermann

Zu 3: Auf UNO Ebene wird seit 5 Jahren ein Vertrag mit Ecuador erarbeitet. Verschieden Initiativen auf internationaler Ebene machen Site events, wenn sich die AG der UNO trifft. Es gibt aktuell einen offenen Entwurf.

Zu 2: Die Gewaltenteilung wurde schon lange „gekapert“. Freihandelsverträge werden von Unternehmen mitgeschrieben, wodurch die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgeschlossen werden.

Klaus Schilder

Corporate capture gilt auch für die internationale Ebene. Die UN ist unterfinanziert, Konzerne /Unternehmen unterstützen UN Projekte und erhalten dadurch Vorteile. Lieferketten wird 2020 Thema sein, wenn Deutschland den Ratssitz der EU hat.

Wir können nicht mehr auf Kosten der Menschen des globalen Südens produzieren, die Verbraucher erwarten das inzwischen.

Steuerhinterziehung von Reichen und transnationalen Konzernen tragen zur Verarmung der Menschen im globalen Süden bei, es gibt erfolgreiche Maßnahmen, dagegen zu arbeiten.

Silke Tribukait weist noch einmal auf das Positionspapier hin und beendet das Plenum.